

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

24. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 8. Januar.

12 Uhr. Im Ministerial-Lesesaal, Friedenthal und Gubenburg mit mehreren Commisariaten. In der Diplomatenloge befinden sich Mitglieder der hiesigen Gesandtschaft.

Eingegangen ist der vom Handelsminister bereits angekündigte Gesetzentwurf, betr. die Aufnahme einer Anleihe zur Verbesserung der märkischen Wasserstraßen und vom Minister des Innern eine Denkschrift, betr. die besonderen Abgaben für Benutzung von Gemeindegewässern, Gemeindegewässern u. s. w.

In dritter Beratung genehmigt das mäßig besetzte Haus ohne Debatte die Zusatzbestimmung zu Art. 86 und 87 der Verfassung, betr. die Bildung gemeinschaftlicher Gerichtsbezirke mit anderen deutschen Bundesstaaten, die Gesetzentwürfe, betr. die Verpfändung von Kaufmannsschiffen in der Provinz Hannover, die Abänderung des Gesetzes, betr. die Verwaltung des Staats-Schuldenwesens vom 24. Febr. 1850, die Ablösung der durch Staatsvertrag vom 9. April 1876 auf den preuß. Fiskus übergegangenen Gefälle und das Auseinandersehenverfahren in Lauenburg.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Abheftungsfabrikgerichte, nach welchem als solche Amtsgerichte zu bestellen sind, die am Rhein ober in seiner Nähe ihren Sitz haben. Die Amtsrichter haben in Rheinisch-Westfälischen Prozessen als Einzelrichter ohne Zuziehung von Schöffen zu verfahren.

Abg. Hammacher findet diese Bestimmung bedenklich; es handle sich bei derartigen Prozessen oft um bedeutende Objecte. So habe neulich ein Schiff eine Brücke beschädigt und der Schaden belaufe sich auf 360,000 Mark. In einem solchen Falle könnte die Verhandlung vor einem Einzelrichter die genügenden Garantien vielleicht nicht bieten. Die Verträge mit den Rheinfürstentümern seien in dieser Beziehung nicht mehr bestimmend, denn in den Niederlanden würden diese Prozesse schon lange im gewöhnlichen Rechtswege entschieden.

Das Haus überweist diese Vorlage, wie auch die gleichartige, betreffend die Elbzollgerichte, auf den Antrag Löwenstein's an die Commission, die für die Ausführung der Justizgesetze eingelegt ist.

Es folgt die zweite Beratung des vom Abg. Krich beantragten Gesetzentwurfs, betreffend die Ablösung der den geistlichen und Schul-Instituten, sowie den frommen und milden Stiftungen zugehörigen Realberechtigungen. Nach demselben sollen die bereits geschlossenen Rentenbanken für derartige Ablösungen wieder zugänglich sein, wenn die Ablösung vor dem 31. December 1880 beantragt ist. Im Uebrigen bleibt es bei den Bestimmungen des Gesetzes vom 27. April 1872.

Abg. Krich: Die Maßregel ist dringlich, denn die Reallasten, welche den geistlichen Instituten noch zustehen, sind größtentheils solche von kleineren Grundbesitzern und ist ihre Erhebung schwierig und kostspielig. Bisher haben die Bauern wenig Lust gezeigt, die Vermittelung der Rentenbanken zu benutzen, vielleicht aus Abneigung gegen Geldabgaben und bei der vorwiegenden Naturalwirtschaft. Jetzt dürfte sich eine größere Bereitwilligkeit der Berechtigten wie der Verpflichteten zeigen. Eine Ausdehnung der Wiedereröffnung der Rentenbanken auf die Ablösung aller Reallasten ist nicht notwendig, weil nicht für alle ein so dringendes Bedürfnis nachzuweisen ist, wie für die im Entwurfe bezeichneten.

Abg. Mühlendach (gegen den Antrag): Allerdings würden die geistlichen Institute jetzt mehr auf die Ablösung provociren, aber nur deswegen, weil die Kornpreise tief unter den 24jährigen Durchschnitt heruntergegangen sind, eine Ablösung nach diesem Durchschnittspreise also sich höher stellt, als die gegenwärtige Realabgabe. Wollte man derartige Reallasten ganz aus der Welt schaffen, so müßte man von Antisewen ablassen, was den Grundbesitz der preussischen Agrargebiete widerstrebe.

Abg. v. Bismarck wünscht, daß der Entwurf sich auf alle Reallasten ausdehnen sollte, und empfiehlt ihn der Agrarcommission zu überweisen.

Abg. Schumann: Die Renten- und Capital-Ablösung hat das Einkommen der berechtigten, geistlichen Institute geschädigt. Nur die Verpflichteten, welche mit einer gleich bleibenden, wenig drückenden Rente ihre Grundstücke befreien können, haben von dem Gesetze von 1872 Vortheil gehabt. Wenn die Ablösung dennoch vielfach nicht geschieht, so liegt das daran, daß die Betroffenen fürchten, nach der Ablösung höher besteuert zu werden. Die Geldrente ist ein viel zu schwankendes Fundament für die geistlichen Gefälle, da der Geldwerth im Laufe der Zeit dem Werthe der übrigen Verbrauchsgegenstände nicht adäquat bleibt. Der Kister und Schulmeister auf dem Lande verbrauchten früher die Kornabgabe für ihren eigenen Gebrauch; jetzt müssen sie für ihre Rente das Korn zu theueren Preisen kaufen. Gleichwohl ist der Entwurf bei den jetzigen Verhältnissen eine Nothwendigkeit. Die Berechtigten haben nämlich jetzt neben den Geldrenten noch einige Reste von Naturalabgaben, die oft so gering sind, daß sie nur schwerwerthet werden können. Die Frist, innerhalb deren nach dem Gesetze von 1872 die Ablösung erfolgen sollte, ist nur zu kurz gegriffen und die Berichte der Generalcommissionen, daß fast allgemein die Ablösungen beantragt worden seien, waren nicht ganz richtig.

Abg. Seydel: Das Gesetz sei auch den Berechtigten sympathisch; er habe viele Zuschriften von solchen erhalten, welche eine nochmalige Verlängerung der Frist wünschten.

Gef. Regierungs-Rath Glöckel: Trotz der Bedenken, welche die Regierung gegen die Wiederzulassung der in Rede stehenden Ablösungen bereits geäußert hat, liegt doch keine Veranlassung vor, dem Gesetzentwurfe grundsätzlich zu widersprechen, der nach dieser Erklärung an die Agrarcommission überwiegen wird.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Reorganisation der drei vormaligen sächsischen Stifter Merseburg, Naumburg und Zeitz. Den § 1 der Vorlage hat die Commission dahin amendirt, daß die Domcapitel aufzuheben seien.

Hiergegen erklärt sich der Abg. v. Meyer (Arnswalde), weil dadurch das Referat der Krone auf Ernennung der Mitglieder verlegt werde. Durch einen solchen Beschluß könne ein bedenklicher Präcedensfall geschaffen werden. Es sei bedauerlich, daß die Regierung seit 1870 nie mehr, wie sie es zu Anfang der 50er Jahre gethan, erkläre: Nur diesen Entwurf nehmen wir an und keinen anderen.

Abg. Ebert: Die Beschlässe der Commission gipfeln in dem Satze des § 1: Die Domcapitel werden aufgehoben, obwohl sie eigentlich nicht mehr vorhanden sind. Denn ein Capitel ist ein Collegium und tres faciunt collegium. Es existiren aber in Naumburg nur 1 Präbendat, in Merseburg 2 Capitular, in Zeitz 1. Dies erkennt auch die Regierung im Principe an, indem sie das Capitel Zeitz als solches aufgibt und mit Naumburg verbindet. Daraus würden immer nur 2 Capitelstellen erwachsen, ebenso viele giebt es in Merseburg. Die Normalzahl würde dadurch in keinem der beiden Capitel erreicht. Damit dies geschehe und der Fortbestand der Domcapitel gesichert werde, verlangt die Regierung die Zustimmung des Landtages zu dem § 5 der Vorlage, monach, unbekannt der den vorhandenen Domcapitularen zustehenden Rechte, im Domstift Merseburg und Domstift Naumburg-Zeitz je drei Stiften, deren Inhaber vom Könige ernannt werden, bestehen sollen. Sie giebt damit zu, daß ohne diese Bestimmungen keine neuen Ernennungen erfolgen können. Auf die Ernennung aus eigener Machtvollkommenheit hat die Staatsgewalt auch schon in den Zeiten vor der Verfassung entzogen, so in den Cabinetsordres vom 24. März 1817, 31. Januar 1822 und 28. Februar 1845, monach bis zur Reorganisation der Stifter (welche jetzt unstreitig doch nur mit Zustimmung der Landesvertretung erfolgen kann) keine neuen Annahmen angenommen werden sollen. Dieses Haus hat sich zuerst in dem Beschlusse vom 6. December 1866, sodann Jahr für Jahr, dahin ausgesprochen, daß keine neuen Annahmen erteilt werden dürfen, die Einkünfte der Stifter vielmehr ausschließlich für kirchlichen und Schulzwecken zu verwenden sind. Die Staatsregierung befindet sich demnach mit den von der Staatsgewalt ausgehenden Erklärungen im Widerspruch, wenn sie die Ernennung neuer Domcapitularen verlangt und sie würde bei einseitiger Ernennung mala

fide handeln, das Haus aber mit seiner Vergangenheit brechen, wollte es ihr solche Befugnis erteilen. Darum fordere ich Sie auf, dem § 1 der Commissionsbeschlässe, der die Ernennung neuer Domcapitelstellen ausschließt, zuzustimmen.

Abg. v. Liebermann bestreitet, daß die Capitel Collegien seien und daß die Regierung sich in mala fide befinde. Sie hat dem Wunsche dieses Hauses entsprochen, indem sie eine Reorganisation der Stifter vorschlug. Die conservative Partei will das Institut der Stifter aufrecht erhalten und wird eben deshalb gegen den Commissionsvorschlag stimmen.

Abg. Schumann: Der bisherige Zustand der Domstifter, welcher sowohl durch die Regierungsvorlage als auch durch die Commissionsbeschlässe beseitigt werden soll, war ein kirchlicher Unfug. Denn wenn die Domherren masteradenhafte Aufzüge machen und die hora canonica singen, so mag das Herrn v. Meyer romantisch und würdevoll erscheinen, andere Leute finden es komisch und traurig zugleich. Wenn nun die Commission die Capitel beseitigt, so werden dadurch die Stifter selbst noch nicht aufgehoben. Sie will auch das Recht der Krone auf Ernennung der Mitglieder des Collegiums erhalten, sie setzt nur an Stelle von zwei Collegien eines und beseitigt die Domcapitel, welche in unsere Staatsordnung in keiner Weise mehr hineinpassen, im Interesse der Würde der Kirche.

Minister Graf zu Eulenburg: Die Differenzen zwischen den Commissionsbeschlässen und der Regierungsvorlage sind praktisch nicht sehr erheblich; doch kann die Regierung in dem einen Punkte der Commission nicht zustimmen, daß statt zweier Verwaltungen nur eine eingerichtet werden solle. Die Regierung wünscht die Trennung der Verwaltungen von Naumburg-Zeitz und Merseburg aus praktischen Gründen und weil sie nach ihrer historischen Entwicklung in keinem Zusammenhange stehen, vielmehr an die verschiedenen Stifter besondere Rechte geknüpft sind, die aufrecht erhalten werden müssen. Die Beseitigung dieser politischen Rechte würde einen Eingriff dieses Hauses in die Organisation eines anderen politischen Körpers enthalten, für welchen die Beratung dieses Gesetzes nicht die angemessene Gelegenheit ist. Uebrigens scheint es der Commission aber um die Beseitigung der Namen „Domherren“ und „Dechanten“ zu thun zu sein. Die Regierung wünscht die Erhaltung dieser Namen wegen der historischen Continuität und weil sie dem Amte, das eine Auszeichnung für verdiente Männer sein soll, eine gewisse Dignität verleihen.

Abg. Richter (Sangerhausen) findet die Sprache des Abg. v. Meyer, der die Regierung zum Widerstande gegen die Mehrheit des Hauses auffordert, wenig verträglich mit der Achtung vor einer Corporation, deren Mitglied er ist. Ein Recht der Krone anzutreten, habe der Commission sehr fern gelegen und bei noch so lebhaftem Sinn für historische Continuität könne man doch fragen: was würde der heilige Norbert sagen, wenn er auferstände und Generale als Domherren fände und ihm das als Reorganisation der Domcapitel geschildert würde? Es handle sich nicht bloß um Namen, wie der Herr Minister meine, nicht er auch in Bezug auf die Verwendung der Stifteinnahmen nur theilweise einverstanden sei, denn er wolle die Geschäfte, die jetzt durch sehr kostspielige untere Beamte besorgt würden, durch die Domherren besorgen lassen.

Minister Graf zu Eulenburg: Gerade jetzt spricht ein praktisches Interesse dafür zu einer Einigung zu gelangen. In Naumburg sind momentan noch 2 Domherren, in Merseburg und Zeitz je einer. Wenn also der Fall eintritt, daß ein Capitel erledigt wird, so fällt das Vermögen des Stiftes an den Staat. Das einzige Mittel dem entgegen zu wirken, besteht darin, neue Domherren zu ernennen und die Regierung wird von diesem Mittel Gebrauch machen müssen, wenn die Reorganisation der Stifter nicht gelingen sollte. Die Regierung würde hierbei keineswegs mala fide handeln, auch würde sie dadurch nicht in Widerspruch treten mit ihren früheren Äußerungen, sondern sie erblickt hierin lediglich eine Maßregel, um den Bestand der Stifter so lange zu erhalten, bis ihre Reorganisation gelingt.

Präsident von Bennigsen bemerkt, daß er den Ausdruck des Abg. Dr. Ebert, welcher der königlichen Staatsregierung mala fides imputirt habe, überhört hätte; andernfalls würde er denselben gerügt haben.

Abg. v. Meyer (Arnswalde): Er sei gewöhnt, seine Meinung unter allen Umständen und ohne Rücksicht darauf, ob er mit ihr selbst bei seiner eigenen Fraction, was doch das Schlimmste sei, antöste, auszusprechen und sei sich also bewußt, das Haus nicht verlegt zu haben.

Abg. Dr. Ebert: Der stenographische Bericht würde ergeben, daß er der Staatsregierung nicht mala fide bei dieser Vorlage vorgeworfen habe, sondern nur für den Fall, daß sie ohne Zustimmung des Landtages neue Domherren ernennen werde, indeß habe er ausdrücklich gesagt, daß er nicht daran denke, daß die königliche Regierung so handeln werde. Der Minister des Innern erwidert dem Vorredner, daß er dessen Äußerung ganz so aufgefaßt habe, wie sie jetzt von ihm wiederholt worden sei und daß die königliche Regierung, wenn sie zur Ernennung neuer Domherren schreiten sollte, nach ihrer besten Ueberzeugung und jedenfalls bona und nicht mala fide handeln würde.

Abg. Dr. Ebert kann sich nicht davon überzeugen, daß die königliche Regierung bona fide handeln würde, falls sie ohne Zustimmung des Hauses, also ohne ein Recht hierzu zu haben, neue Domherren ernennen sollte, worauf die Discussion über § 1 nach einigen Bemerkungen des Berichterstatters Abg. Wagner (Straßburg) geschlossen wird.

Das Haus genehmigt gegen die Stimmen der conservativen Fractionen den § 1 und das ganze Gesetz nach den Vorschlägen der Commission.

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Zusitzungs-Gesetze.)

Berlin, 8. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Ober-Unterrichter a. D. Coester zu Hanau, dem Geschichtsmaler, Professor Weges zu Berlin, und dem Steuereinschreiber Lemmel zu Darnheim den Rothen Adlerorden vierter Klasse; sowie dem Stadtgerichtsboten Olivier zu Berlin das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und Königin hat dem Geheimen Kanzlei-Inspector in der Kaiserlichen Admiralität Bergmann den Charakter als „Kanzlei-Rath“, sowie den Marine-Rendanten Burmeister und Janisch den Charakter als „Rechnungs-Rath“ verliehen.

Der Rechtsamts- und Notar Schulze zu Osterode i. Ostpr. ist in gleicher Eigenschaft an das Stadt- und Kreisgericht und das Commernz- und Administrations-Collegium zu Danzig mit Anweisung seines Wohnsitzes dazulosezt worden.

Berlin, 8. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] hörte heute Vormittag die Vorträge des Kriegsministers, Generals der Infanterie von Rameke, sowie des Chefs des Militär-Cabinetts, General-Adjutanten von Albedyll, und empfing den gestern Abend eingetroffenen Herzog von Connaught.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] wohnte gestern der Abendandacht der Gebetswoche der Evangelischen Allianz bei. Für Se. Königl. Hoheit den Herzog von Connaught findet heute bei den Kaiserlichen Majestäten ein Familienbinder statt.

[Se. Kaiserliche und Königl. Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag militärische Meldungen entgegen. Mittags gegen 12½ Uhr empfingen die höchsten Herrschaften die Besuche Ihrer Königl. Hoheiten des Erbgroßherzogs und der Erbgroßherzogin von Mecklenburg-Strelitz, sowie demnachst Sr. Durchlaucht des Prinzen Friedrich von Hohenzollern, Commandeurs des 2. Garde-Dragoon-Regiments. Nachmittags stattete Se. Kaiserl. Hoheit der Kronprinz den Erbgroßherzoglich mecklenburg-strelitzischen Herrschaften einen Besuch ab. Um 5 Uhr begab sich Höchstersehe zum Diner bei Ihren Majestäten und Abends 10½ Uhr nach dem Potsdamer Bahnhof zum Empfange Sr. Königl. Hoheit des Herzogs von Connaught. (N.-Anz.)

Berlin, 8. Jan. [Das Schreiben des Kronprinzen über die Feier der goldenen Hochzeit des Kaisers. — Der Bericht der Tabaksenquete-Commission im Bundestages über seine Mitglieder.] Im Anschluß an das heut von der „Prov.-Corr.“ erwähnte Handschreiben des Kronprinzen über die Willensmeinung des Kaiserpaars in Bezug auf Geschenke zur Feier der goldenen Hochzeit wird von officiöser Seite noch folgendes mitgetheilt: in Folge einer von einem Oberpräsidenten an das Allerb. Cabinet wegen der beglückten Ablichten eines Provinzialverbandes gerichteten Anfrage, hat der Kaiser über die etwaigen Rundgebungen zum 11. Juni sich dahin geäußert, daß einmal das Fest noch ziemlich fern sei und vor Allem in Gottes Hand ruhe; deshalb seien darauf bezügliche Erwägungen dem Kaiser noch nicht näher getreten. Jedes Zeichen von Treue und Anhänglichkeit, welches als freie Huldigung aus dem Herzen des Volkes komme, werde vom Kaiser stets sehr wohlwollend empfunden; dagegen werde es im Hinblick auf unsere gegenwärtige wirtschaftliche Lage für die Gefühle des Kaisers peinlich sein, irgend welche Zuwendung zur persönlichen Annahme zu empfangen. Selbst der mehr oder minder erhebliche Betrag, welcher für die decorative Ausstattung etwaiger Abreffen verwandt werden sollte, würde, nachdem der Kaiser erst im verfloßenen Jahr durch die Fülle und Schönheit solcher geschmückten Widmungen sehr hoch erfreut worden, jetzt füglich praktischeren Zwecken zuzuwenden sein. Der in der Anfrage angeregte Gedanke dagegen, daß vielleicht größere oder kleinere Kreise sich vereinigten möchten, um den 11. Juni durch Stiftungen zu wohlthätigen und gemeinnützigen Zwecken mittelst freier Gaben zu ehren, schien den Kaiser in sofern angenehm zu berühren, als auf solche Weise das Andenken an den Tag auch folgenden Geschlechtern durch stets erneute Spenden oder sonst gedeihliche Wirkungen gewahrt bliebe.

Ferner wird officiösch geschrieben: Die durch ein auswärtiges Blatt von Neuem in Umlauf gebrachte Nachricht, daß Fürst Bismarck dem Papst um seine Einwirkung auf das Centrum behufs anderer politischer Haltung angegangen sei, ist auch jetzt völlig grundlos. — In der morgenden Sitzung des Bundestages wird der Bericht der Tabaksenquete-Commission auf der Tagesordnung stehen. — Dem Bundestag ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Strafgewalt des Reichstages über seine Mitglieder, nebst Motiven und Anlagen zugegangen. Nach dem Gesetz steht dem Reichstag die Strafgewalt über seine Mitglieder zu. Dasselbe wird von einer Commission geleitet, welche aus dem Präsidenten, den beiden Vice-Präsidenten und zehn Mitgliedern besteht. Die Abnennung von Seiten der Commission besteht 1) in einem Verweis vor versammeltem Hause; 2) Verpöchtigung zur Abbitte vor versammeltem Hause und 3) Ausschließung aus dem Reichstag auf bestimmte Zeitdauer, mit welcher, wenn sie sich auf die Dauer der ganzen Legislaturperiode erstreckt, auch der Verlust der Wahlbarkeit zum Reichstag verbunden werden kann. Wenn die Angehörige einer strafbaren Handlung im Sinne des gemeinen Strafrechts in sich schließt, so kann das Mitglied des Reichstages auch an den Strafrichter überwiesen werden. Gleichzeitig mit der Abnennung kann auch die Aufnahme des betreffenden Theiles der Rede in den stenographischen Bericht oder jede andere Veröffentlichung durch die Presse ausgeschlossen werden. Die Commission tritt in Wirksamkeit, wenn der Präsident sie anordnet oder wenn ihre Wirksamkeit von 20 Mitgliedern des Hauses beantragt wird, beides muß aber spätestens innerhalb dreier Tage geschehen. Die Commission entscheidet endgiltig, falls aber auf Ausschließung aus dem Reichstag entschieden wird, so kann der Ausschlossene innerhalb 8 Tagen die Entscheidung des Reichstages anrufen. Der Präsident kann ungebührliche Äußerungen auch schon vorläufig von der Aufnahme in den stenographischen Bericht und der Veröffentlichung durch die Presse ausschließen. Zuwiderhandlungen gegen die Unterdrückung der Veröffentlichung werden mit Gefängnis von 3 Wochen bis 3 Monaten bestraft. In der Begründung wird hervorgehoben, daß der Artikel 30 der Reichsverfassung und die betreffenden Bestimmungen der Geschäftsordnung des Reichstages vielleicht andrermaßen hätten, um die Ordnung im Hause nothwendig aufrecht zu erhalten, aber nicht um den gefährlichen Wirkungen von Ausschreitungen in der Rede außerhalb des Versammlungsraumes vorzubeugen. Die Definitivität der Verhandlungen, die verfassungsmäßige Freiheit der Rede und die Freiheit der Berichte gestatte die unbeschränkte Verbreitung. Ein solcher Rechtszustand sei aber beirrend für das Rechtsbewußtsein des Volkes, ein Uebelstand, der besonders hervorgetreten, seitdem einzelne Abgeordnete die Freiheit benutzt hätten, um ihre den Staat und die Gesellschaft erschütternden Theorien zu verbreiten. Die Gesetzgebung dürfe sich nicht länger der Aufgabe entziehen, Ergänzungen des bestehenden Rechtes in dieser Richtung herbeizuführen. Wenn die Gesetzgebung dabei an den Grundfögen des Art. 30 der Reichsverfassung festhalten wolle, so müsse sie dem Reichstag selbst die Strafgewalt über seine Mitglieder einräumen. Um eine förmliche Straf-Gerichtbarkeit an Stelle der ordentlichen Gerichte könne es sich dabei nicht handeln; die Gesetzgebung müsse sich vielmehr der nach Artikel 27 der Reichsverfassung dem Reichstag gegen seine Mitglieder eingeräumten Disciplinarbefugnis anleihen. Die Gesetzgebung einzelner deutscher Bundesstaaten und das Beispiel Englands, der Vereinigten Staaten und Frankreichs seien dabei ein Vorbild. Eine Ausgleichung des das Rechtsbewußtsein verlegenden gegenwärtigen Rechtszustandes wolle den Gesetzentwurf herbeiführen; wo eine schwerere Rechtsverletzung in Frage stehe, könne allerdings die volle Sühne nur in der strafrechtlichen Abnennung durch den Richter gefunden werden. Die Motive wenden sich dann eingehend an die einzelnen Paragraphen des Gesetzes. Die Anlagen sind folgende: 1) Bestimmungen deutscher Verfassungsurkunden und Geschäftsordnungen; 2) die parlamentarische Übung in England; 3) in den Ver. Staaten; 4) in Frankreich; 5) Äußerungen von bedeutenden Staatsrechtsgelehrten; 6) die Bestimmungen der Verfassungsentwürfe von Frankfurt und Erfurt; 7) der Fall Plimssoll vom Jahre 1875 und endlich 8) die Verhandlungen über die Ermordung des Carl von Lettröm in der Sitzung des Unterhauses vom 12. April 1878. In Bezug auf die aus den Motiven eben angeführten Stellen (daß ein solcher Rechtszustand beirrend einwirkte, seitdem die Wahlen einzelne Abgeordnete in den Reichstag geführt haben, welche sich für berechtigt erachteten, die ihnen zustehende Freiheit des Wortes zur Entwicklung von Theorien zu gebrauchen, welche

den Bestand von Staat und Gesellschaft zu erschüttern geeignet sind), ist folgendes zu bemerken: Man erkennt sofort, daß diese Aeußerung sich auf die socialdemokratischen Abgeordneten bezieht; es ist eine sonderbare, aber doch verbreitete Annahme, als seien diese Abgeordneten durch das Socialistengesetz auch im Reichstage unschädlich gemacht worden. Man ersieht aber nicht, inwiefern dies der Fall sein sollte; es ist im Gegentheil wohl zu befürchten, daß die Socialdemokratie die Tribüne des Reichstages als den letzten Zufluchtsort betrachten und benutzen, von welchem sie ihre Angriffe auf den Staat in die ganze Welt schleudern kann. Insofern stellt sich die Vorlage geradezu als eine Ergänzung zum Socialistengesetz dar, wie denn auch verlautet, daß die Rede des Abg. Haselmann bei der Beratung des Socialistengesetzes den Anstoß gegeben hat, mit der Vorbereitung und Einbringung einer solchen Vorlage nicht länger zu zögern.

[Die Sicherheit der Genossenschaften.] In dem Neujaarsartikel der „Blätter für Genossenschaftswesen“ beklagt Dr. Schulze-Wechsungen, daß die tendenziösen Angriffe unerlaubter Ignoranz auf die von ihm vertretenen Genossenschaften gar nicht aufhören wollen. Eben hat er den Anfall des ultramontanen Herrn Wiesenbach zurückweisen müssen, der im Abgeordnetenhaus am 2. December von dem schmachvollen Bruch der Düsseldorf-Gewerbebank Anlaß nahm, die Solidarbeit als eine falsche Grundlage für Genossenschaften zu bezeichnen, während dort die Katastrophe vielmehr durch Verletzung aller anerkannten Regeln und völlige Nichtbeachtung der rechtlichen Mahnungen des Deutschen Genossenschaftsverbandes und seines verdientvollen Anwalts entstanden ist. Gegenwärtig scheinen es besonders conservatieve Blätter zu sein, wodurch der gerechte Unmuth des Urhebers dieser gegenständlichen Anklagen geweckt wird. Er erinnert daran, daß trotz der gänzlich politischen Parteilichkeit der Genossenschaften die altpreussischen Conservativen als Träger der Reaction der fünfziger Jahre denselben lange Zeit die größten politischen Schwierigkeiten bereitet haben, und daß ein sicheres Genossenschaftsrecht erst geschaffen werden konnte, als nach dem Sommer 1866 in liberalere Bahnen eingelenkt wurde. Seit der Wiedererrichtung jener Partei in letzter Zeit und der damit verbundenen reactionären Strömung möge wohl wiederum die Lösung zur Bekämpfung der Genossenschaften ausgegeben worden sein, deren Wirken nun einmal zu den Traditionen der conservativen Partei im Gegensatz zu stehen scheine. Die wirtschaftliche Selbstthätigkeit in den Kreisen der Gewerbetreibenden und Arbeiter, die eigene Pflege der Interessen in Haushalt und Erwerb vertragen sich nicht recht mit der Beeinflussung, der Begünstigung von oben, wie man sie zur Behauptung einer privilegierten Stellung in jenen Kreisen für nöthig halte. Vielleicht, sagt die „N.-L. C.“, steht Schulze-Wechsungen hierin doch ein wenig zu schwarz; mindestens wollen wir es ernstlich hoffen, und finden dafür einigen Anhalt in den Auslassungen preussischer Conservativer bei der Discussion des Socialistengesetzes im Reichstag. Aber nicht überflüssig ist es jedenfalls, wenn er noch einmal auf Nachdrücklichem hervorbringt, was es mit der vermeintlichen Unsicherheit der Genossenschaften auf sich hat: „Unbestreitbar stellt sich das Verhältniß der Unglücksfälle in den Reihen der Genossenschaften im Vergleich mit den außerhalb derselben vorgekommenen überaus günstig dar. Was will es sagen, wenn wir wirklich den Bruch von 40 bis 50 unter den mehr als 3000 zählenden deutschen Genossenschaften in zwei Jahrzehnten zu registriren haben sollten, dem massenhaften Untergang bei allen andern Arten geschäftlicher Unternehmungen gegenüber, den wir allein in den letzten Jahren erlebt haben!“ Die unbeschränkte Haftbarkeit aber läßt selbst in jenen verhältnißmäßig so seltenen Fällen fast immer nur höchstens die Genossen selbst leiden, die in der Regel selber hätten aufpassen können, nicht unbedeutende schuldlose Dritte. Und wenn aus einer Genossenschaft mit unbeschränkter Haftbarkeit in einzelnen Fällen — keineswegs so häufig, wie Herr Wiesenbach behauptete — eine Actien-Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht werden kann, nun, so hat eben die Genossenschaft den Leuten allmählich diese Möglichkeit erschlossen, und ohne sie wäre weiter nichts aus ihnen geworden, als die bequeme Beute des ersten besten Wucherers.

[Verfügung auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. October 1878.] Nachdem das Verbot des Bundes der Glasarbeiter Deutschlands endgiltig geworden, ist für die Abwicklung der Geschäfte genannten Vereins Criminal-Rath Weller in Dresden als Liquidator bestellt worden.

[Verbote.] wurde die nicht periodische Druckschrift: Rede Bebel's über den Gesetzentwurf, betreffend die gegenseitigen Hilfskassen, gehalten in der Reichstags-Sitzung am 5. November 1878. Abdruck des stenographischen Berichtes. Druck der Genossenschafts-Verlagsdruckerei in Leipzig.

Arolsen, 8. Januar. [Die feierliche Vermählung des Königs der Niederlande mit der Prinzessin Emma von Waldeck] hat gestern Abend 6½ Uhr in der programmäßig vorgesehenen Weise stattgefunden.

Die Eintragung des Königs von Holland und der Prinzessin Emma von Waldeck in das Ständeregister, welche der kirchlichen Trauung in der Schloßkapelle voranging, erfolgte durch den Landes-Director v. Sommerfeld, die Trauung vollzog der Consistorialrath Scipio. Bei dem Wechseln der Ringe wurden 101 Kanonenschüsse abgefeuert. Nach der Trauung fand eine Gratulationscours und nach derselben das Galadiner-Bankett, an welchem 134 Personen theilnahmen und bei welchem der Fürst von Waldeck einen Toast auf die Neuvermählten ausbrachte.

Schweiz.

Bern, 4. Jan. [Ueber den jüngst gefangenen geflohenen Franzosen Broussé.] welcher auf Schweizer Boden durch seine Brandartikeln in der „Avantgarde“ völlerrechtlicher Vergehen sich schuldig gemacht, mögen einige Einzelheiten auch für das deutsche Publikum von Interesse sein. Broussé ist der Sohn eines gutgestellten Arztes in Montpellier. Er besitzt viel Talent, huldigt aber den extremsten politischen und socialen Anschauungen. An der Pariser Commune-Bewegung war er direct nicht theilhaft, wohl aber wirkte er lebhaft für deren Ausbreitung auf die Städte Südfrankreichs. In Bern, wohin er nach Bekämpfung der Commune sich flüchtete, studirte er Naturwissenschaften; er war Assistent am chemischen Laboratorium der Universität und erwarb sich den Doctor-Titel. Nebenbei agitierte er energisch und mit der Bluth eines Südländers für seine angeblich weltbeglückenden Ideen und führte, seitdem ihn die Bernischen Gerichte wegen Störung der öffentlichen Ruhe aus Anlaß seiner Vorlesungen für die rothe Lehre verurtheilt, ein ziemlich unsicheres Leben. Er ist in manchem ein zweiter Dr. Nobiling, indessen wird sich im Gefängniß sein Reformeifer vielleicht eben etwas abkühlen.

Italien.

Rom, 3. Jan. [Ministerielles. — Neue Parteigruppe im Parlamente. — Der Finanzminister.] Herr Depretis, schreibt man den „S. R.“, hat dem in Mailand wohnenden Senator Tacini, ehemaligen Bautenminister im Cabinet La Marmora, das Portefeuille des Aeußern anbieten lassen und den Sindaco der lombardischen Hauptstadt, Grafen Bellinzaghi, den Präfecten der Provinz, Grafen Gravina, sowie einige andere einflußreiche Mailänder Herren ersucht, ihn zum Eintritt in sein Cabinet zu bewegen. doch hat Tacini das Anerbieten abgelehnt, weil er voraussetzt, daß eine Ministerkrise in nicht ferner Zeit zu erwarten steht. Depretis soll den König bereits selbst auf diese Wahrscheinlichkeit vorbereiten und ihn zu bewegen suchen, die Kammer aufzulösen und Neuwahlen anzuordnen, sobald gelegentlich der Abstimmung über einen wichtigen Vorschlag im Abgeordnetenhaus dem Ministerium ein Mißtrauensvotum gegeben wird. Da der Bau neuer Eisenbahnen in fast allen Provinzen gewünscht wird, so hat Depretis auch, um sich populär zu machen, Sorge dafür getragen, daß das darauf bezügliche Project zur Beratung gestellt wird, sobald die auf den 14. d. Mts. wieder einberufene Deputirtenkammer über das Budget des Bautenministeriums abstimmen wird. In einer der ersten Sitzungen derselben wird Depretis auch einen Entwurf zur Verbesserung der Lage der Florentiner Kammerei einbringen und dem Vernehmen nach vorschlagen, der Stadt nochmals eine jährliche Rente

von einer Million Lire zu bewilligen. Hoffentlich wird die Regierung gleichzeitig Vorkehrungen treffen, daß die früheren schlechten Verwalter der Stadt Florenz nicht abermals ans Ruder kommen. — Die Partei-Gruppen des Parlaments werden sich um eine neue vermehren, welche der neapolitanische Deputirte Abignente eben zu bilden im Begriffe ist. Sie nennt sich „Associazione nazionale“ und will jeder Art von Conforteria in der Verwaltung einen unveröhnlichen Krieg erklären. Da der Geist der Conforteria auch gar manche Herren von den Linken ergriffen hat, die früher in dem Rufe großer Rechtschaffenheit standen, so ist der neuen Liga zu wünschen, daß sie recht viele Anhänger auf beiden Seiten der Kammer gewinne und ihren Grundsätzen auch Geltung verschaffe. — Der Finanzminister Magliani will ermittelt haben, daß die Berechnung Seismit-Doda's, seines Vorgängers im Amte, nicht zu treffen, und ist der Meinung, daß die Aufrechterhaltung des finanziellen Gleichgewichts verlange, zur Zeit auch nicht eine einzige Steuer zu vermindern oder gar zu beseitigen, weil die 60 Millionen Lire Ueberschuß, die Seismit-Doda beabsichtigt, bei nächster Gelegenheit darzutun, daß er sich nicht geirrt habe und daß der Ueberschuß wirklich vorhanden sei. Magliani's Gewissenhaftigkeit wird wegen eines von uns bereits angedeuteten Vorfalles bezweifelt, der viel von sich reden macht. Die Erben eines verstorbenen sicilianischen Marchese, Namens Gambacorte, mit dessen Tochter Magliani vermählt ist, hatten vor einiger Zeit zum großen Erstaunen vieler Rechtsverständiger eine Forderung an den Fiskus in Höhe von 773,000 Lire in erster Instanz erlitten, welche Forderung aus dem Jahre 1703 stammend, allgemein für verjährte angesehen wird. Da der Proceß wahrscheinlich in letzter Instanz zu Gunsten des Fiskus ausgefallen sein würde, so machten die Kläger Vergleichsvorschläge und erbot sich, gegen Zahlung von 100,000 Lire ihre Ansprüche nicht weiter zu verfolgen. Mittlerweile ward das Cabinet Cairoli gestürzt, ohne daß die Angelegenheit ihre Erledigung gefunden hätte. Bevor das Cabinet Depretis gebildet war und in Function trat, hat nun ein dem derzeitigen Finanzminister befreundeter Divisionschef, ohne von dem interimistischen Finanzminister Doda die Erlaubniß einzuholen, jenen Vergleich acceptirt und den Klägern die verlangten 100,000 Lire ausgezahlt. Diese Unregelmäßigkeit ist bekannt geworden, wird im Parlament zur Sprache gebracht werden und wahrscheinlich Veranlassung zu heftigen Debatten geben, hat aber auch dem Cabinet Depretis großen Nachtheil gebracht, denn alle nicht officiösen Blätter schelten darüber und bringen auf größere Redlichkeit in der Verwaltung.

[Cairoli] hat seinen Vorfaz, dem Monarchen am 1. Januar seine Aufwartung zu machen, nicht ausführen können, weil ihm die Aerzte noch immer nicht erlauben, das Bett zu verlassen. König Humbert hat ihm in einem eigenhändigen Briefe seine Theilnahme deshalb ausgedrückt. Beide Majestäten haben am 1. Januar mit dem Kaiser Wilhelm und dem Kronprinzen des Deutschen Reichs Glückwunschtelegramme gewechselt.

[Der General-Adjutant des Königs, General Medici.] ist an einem Lungenschafe erkrankt und zwar so, daß man an seinem Besserwerden zweifelt. Die Aerzte veröffentlichen im Interesse der zahlreichen Freunde des alten Helden, der in den Unabhängigkeitskriegen unter Garibaldi mehrere Freischaren-Corps befehligte, täglich mehrere Bülletins über den Verlauf seiner Krankheit.

[Passanante.] Wie der Telegraph aus Neapel meldet, ist das von dem Vertheidiger des Königsmörders Passanante eingereichte Gesuch auf Cassation des Beschlusses des Anklagesenats, der dahin lautet, daß der Proceß vor dem Geschworenengericht und nicht vor dem zur Haute cour zusammentretenden Senat zu verhandeln sei, in fünfständiger Sitzung in geistreicher Rede und Wiberrede discutirt und schließlich verworfen worden. Passanante wird demnach definitiv vor dem gewöhnlichen Appellhofe erscheinen.

Spanien.

Madrid, 4. Januar. [Die Erdrosselung Moucasi's.] Heute früh um 8½ Uhr ist Moucasi, der Urheber des Attentats auf den König von Spanien, nach Landesstätte mittels Erdrossels öffentlich hingerichtet worden. Bis zum letzten Augenblick war Alles in Bewegung gesetzt worden, um für den Verurtheilten eine Strafmwandlung zu erwirken. Sein Bruder und sein Vertheidiger hatten in dem Cortes und in dem Ministerium deshalb Schritte gethan, die Verwendung Capelar's und Sagasta's in Anspruch genommen, und dem Vertheidiger Jimenez del Cerro war es zuletzt auch gelungen, eine Audienz bei dem Ministerpräsidenten zu erwirken. Canovas del Castillo empfing ihn sehr freundlich, gab ihm aber zu verstehen, daß die Hinrichtung eine so gut wie unumkehrlich beschlossene Sache sei, an der auch eine von 7500 Einwohnern von Tarragon und Barcelona, worunter Geistliche, Richter und andere angegebene Leute, gezeichnete Petition nichts ändern könne. Die 22jährige Frau des Mörders trat gestern, zum ersten Male in ihrem Leben, in der spanischen Hauptstadt ein; sie brachte ein Kind von kaum 19 Monaten mit und bemühte sich mit ihrem Schwager, eine Audienz beim König und bei der Prinzessin von Asturien zu erhalten. Im Ministerrath, der für seine letzte Entscheidung wartete, bis die Cortes auseinandergegangen und der Neujahrstag vorüber war, wurde der Beschluß, der Gerechtigkeit ihren Lauf zu lassen, fast mit Einstimmigkeit gefaßt; im Schloß war man dagegen zur Milde geneigt und der König selbst wollte den Mörder begnadigen. Am 1. Januar empfing er den Bruder Moucasi und seinen Vertheidiger und versprach ihnen noch, die Begnadigung im Ministerrath zu befürworten, ohne jedoch eine Bürgschaft für dieselbe übernehmen zu wollen. Er blieb dann mit Canovas del Castillo über eine Stunde eingeschlossen. Dieser und die anderen Räte des Königs machten aber die Staatsraison geltend, die Rücksicht auf die kosmopolitischen und also für die Völker gefährlichen Tendenzen der Königsmörder, welche Rücksicht auch den Deutschen Kronprinzen bestimmt hätte, gegen Hödel keine Gnade zu üben. Mit der Prinzessin von Asturien hatten die beiden Bittsteller nur eine kurze Unterredung, sie versprach, das Ihrige zu Gunsten eines Gnadenactes zu thun. Vor-gestern Nachmittag gelangte an den Ministerrath der Spruch des Cassationshofes, welcher an dem Todesurtheil nichts zu ändern fand, und nun wurde definitiv und einstimmig beschloffen, dem König, die Verwerfung des Begnadigungsgesuches zu empfehlen; Canovas del Castillo und seine Kollegen brauchten wiederum eine Stunde, um den König von der Nothwendigkeit dieses Actes zu überzeugen. Gestern früh um 8 Uhr wurde Moucasi in dem Saladero-Gefängniß seinem Richter vorgeführt. Er hörte anscheinend gleichgiltig die Verlesung des Decrets, in welchem sein Gnadengesuch verworfen wurde, unterschrieb, nachdem man ihm die Ketten abgenommen, das Protokoll und wurde dann den barmherzigen Brüdern ausgeliefert, die schon seit dem Jahre 1721 den armen Sündern in ihren letzten Stunden beistehen. Da Moucasi zu beichten wünschte, nahm ihm der Gefängnißgeistliche die Beichte ab; auch unterhielt er sich lange mit dem Pfarrer der Kirche San Idefonso. Er richtete an seine Angehörigen mehrere Briefe, in denen er seine Reue und die Genugthuung, in dem Schoße der allein selig machenden Kirche zu sterben,

ausdrück, auch allen seinen Feinden vergeben zu wollen versicherte. Noch um 12 Uhr Abends machte er sein Testament, in welchem er seine Frau zur Erbin einsetzte. Heute früh wurde er im geschlossenen Wagen mit einem Geislichen und unter militärischer Bedeckung nach dem vor den Thoren der Stadt errichteten Schafott geführt, wo eine große Menschenmenge des grausen Schauspielts harrete. Man setzte ihn auf einen an einen Pfahl gelehten Stuhl, legte ihm das Halstuch an; eine Bewegung des Kopfes und das Genick war ihm gebrochen. Moucasi hatte bis zum letzten Augenblick die größte Gleichgiltigkeit an den Tag gelegt.

Amerika.

Newyork. [Caleb Cushing,] dessen Tod der Telegraph in diesen Tagen meldete, ist 79 Jahr alt geworden. Er begann seine Laufbahn als Advokat in Newburgport, Massachusetts, und wurde 1835 im Interesse der Whig-Partei in den Congress gewählt, ging aber später ins demokratische Lager über. 1843 ernannte ihn Präsident Tyler zum Commissär der Vereinigten Staaten in China, und als solcher schloß er den ersten Vertrag zwischen China und den Vereinigten Staaten. Nach seiner Rückkehr bildet er ein freiwilliges Regiment auf eigene Kosten und zog mit demselben in den Krieg gegen Mexico. Im Jahre 1853 trat er als Generalanwalt in das Cabinet des Präsidenten Pierce, und 1860 wurde er Präsident der nationalen demokratischen Convention, welche Breckenridge und Lane zu Candidaten für die Präsidentschaft und Vicepräsidentschaft der Vereinigten Staaten aufstellte. Während des Bürgerkrieges stand er indeß auf Seiten des Nordens. 1872 fungirte er als Advokat der Vereinigten Staaten in dem in Genf tagenden Schiedsgericht zur Lösung der Alabamafrage. Zwei Jahre darauf wurde er von dem Präsidenten Grant zum Oberrichter der Ver. Staaten ernannt, doch übte er keinerlei Thätigkeit in dem Amte aus, da die Ernennung zurückgezogen wurde. Das letzte Staatsamt, welches der Verstorbenen bekleidete, war das eines Gesandten der Union in Madrid.

Provincial-Beitrag.

H. Breslau, 8. Jan. [Gewerbeverein.] Die gestern Abend abgehaltene allgemeine Versammlung war zahlreich besucht und wurde von dem Vorsitzenden, Stadtältesten Hipauf, eröffnet und geleitet. Nach einigen beräthlichen Begrüßungsworten wies derselbe auf die demnächst vorzunehmende Vorstandswahl hin und bat, von seiner Person abzusehen, da er mit Rücksicht auf seine Gesundheit gezwungen sei, alle ihm noch verbliebenen Ehrenämter definitiv niederzulegen.

Demnach erstattete der Schatzmeister des Vereins, Particular Kallin, den Kassenbericht. Nach demselben belief sich der Effectenbestand des Vereins auf 25,605.90 M., die Einnahmen betrugen: Vorrathbestand am Schlusse des Vorjahres 2157.87 M., Zinsen 1063.80 M., Mitgliederbeiträge 5369.92 M., Beitrag des Magistrats 150 M., Ertrag des „Breslauer Gewerbeblattes“ 804.42 M., 2 gezogene Breslauer Stadtobligationen 600 M., zurückgezahlte Rechnungsbeträge 33.50 Mark und Ueberschuß der I. Schleifschmied-Kunst-Gewerbe-Ausstellung 244.69 M., zusammen 10,421.20 M. Die Ausgaben betrugen 10,332.45 M., darunter für Effecten-Ankauf nebst Zinsen 3648.53 Mark und für die Jubiläumsfeier 1660.75 Mark. Der Vorrathbestand betrug 88.75 M. — Dem Rechnungs- und Kassensführer Herrn Kallin wird der Dank der Versammlung durch Erheben von den Plätzen ausgedrückt.

Dem sodann von Apotheker Müller erstatteten Geschäftsberichte ist zu entnehmen, daß dem Vereine im abgelaufenen Geschäftsjahre 108 neue Mitglieder beigetreten sind, 82 Mitglieder sind ausgeschieden, sodas 26 Mitglieder gewonnen sind und die Gesamtzahl sich auf 810 Mitglieder bezieht. In Betreff der Thätigkeit des Vorstandes gedachte Herr Müller demnach der Kunstgewerbe-Ausstellung und der damit verbundenen Verlosung. Aus derselben sind noch 37 Gewinne nicht abgeholt. Da dieselben am 19. Januar zu Gunsten des Breslauer Gewerbevereins verfallen würden, so mögen hier die Nummern der werthvollsten unter denselben nochmals folgen: 627, 1785, 2046, 13811, 14369, 17529, 19,040, 19,353, 21,386, 21,795, 22,014.

In Folge des günstigen Abschlusses der Kunstgewerbe-Ausstellung brauchte der Verein die vom Ministerium in Aussicht gestellte Subvention nicht zu beantragen, der Vorstand petitionirte indeß um Ueberlassung von 2000 M. zu Prämierung von Lehrlingen des Kunstgewerbes. Endlich ist als Folge der Kunstgewerbe-Ausstellung ein Antrag des Kunststiller Kimbel zur Bildung eines Kunstgewerbe-Vereins innerhalb des Breslauer Gewerbevereins zu bezeichnen. Die Beschlußfassung über diesen wichtigen Antrag, der erst in der letzten Woche des abgelaufenen Vereinsjahres eingebracht worden war, ist dem neuen Vorstande überlassen worden. Eine weitere Folge der Thätigkeit ist die erlangte Ueberweisung sämtlicher Patentschriften. Derselben werden täglich von 3 bis 5 Uhr Nachmittags in den Sälen des Vereins jedermann unentgeltlich zur Einsicht ausliegen. Diese neue, wichtige Institution wird dem Verein ungefähr 400—500 Mark Kosten verursachen. Es wäre daher zu wünschen, daß, um diese Kosten zu decken, recht viele neue Mitglieder beitreten möchten. Eine Ausgabe-Erparniß hat der Vorstand darin gefunden, daß das „Breslauer Gewerbeblatt“ alle 14 Tage nicht mehr durch die Post verandt, sondern den Mitgliedern pünktlich durch Colporteurs zugestellt werden wird. Die Erparniß beträgt pro Nummer 21 Mark.

Zum Schluß wurde noch ein Antrag des Herrn Kimbel, eine Aenderung des „Gewerbeblattes“ betreffend, vorgelesen; der Antrag wird in der nächsten allgemeinen Versammlung zur Debatte kommen.

Hierauf hielt Herr Director Dr. Fiedler einen eingehenden Vortrag über das technische Unterrichtswesen, in welchem derselbe constatirte, daß in den letzten Jahren unendliche Fortschritte gemacht worden seien und daß, wenn die Staatsregierung auf diesem Wege fortfahre, die Nation sehr bald die günstigen Resultate dieses Strebens vor Augen haben werde.

Schließlich wurde das inzwischen ermittelte Resultat der Vorstandswahl mitgetheilt. Von 59 abgegebenen gültigen Stimmen haben erhalten: Apotheker Müller 53, Director Dr. Fiedler 52, Tischlermeister Gier 47, Sattlermeister Pracht 44, Baumeister v. Arnim 42, Ingenieur Rippert 38, Fabrikbesitzer Meinecke 35, Baumeister Schmidt 32 und Tischlermeister Hauswald 26 Stimmen. Derselben sind somit gewählt.

A. F. Breslau, 8. Januar. [Das Verzeichniß der Vorträge im Handwerker-Verein] für das erste Quartal des laufenden Jahres umfaßt im Ganzen zwölf Vortragsabende und einen Debatte-Abend (17. Febr.). Die vier Montage des Monats Januar sind einem Cyclus von Vorträgen aus der neuesten Geschichte Deutschlands von 1815—1870, gehalten von Herrn Dr. Marzgraf, gewidmet. Für den Monat Februar sind Vorträge der Herren Dr. Buch (naturwissenschaftliches Thema), Braunharter (aus China: culturhistorische Skizze) und Dr. Raack (Kaiser und Papst im Mittelalter) angekündigt, während für den März Herr Gasanals-Director Trojchel einen technischen Vortrag, Herr Sanitätsrath Dr. Gager die Fortsetzung seiner Vorträge aus der öffentlichen Gesundheitspflege und die Herren Dr. Marheineke, Dr. Schieweck und Dr. Bauck Vorträge mit einseitigem Vorbehalt der Themas zugesagt haben. — Den bisberigen, auf der Rückseite des Programms näher bezeichneten Uebungsstunden im Gesang (Männerchor und gemischter Chor) und im Turnen tritt vom 9. d. Mts. ab noch der Unterricht im Rechnen zu, welcher Mittwoch und Donnerstags, Abends von 8—9½ Uhr, in einem Parterre-Klassenzimmer der höheren Bürgerschule unter Leitung des Lehrers Herrn Weiß stattfindet. Von gefälligen Vergnügungen verheißt das Programm das Carnevalsfest am 1. Februar und einen gefelligen Abend am 1. März.

C. Breslau, 8. Jan. [Humboldt-Verein für Volksbildung.] In einer gestern Abend unter Vorhitz des Herrn Dr. Gröhner abgehaltenen Monatsversammlung der Mitglieder des Humboldt-Vereins hielt Herr Paul Van den einen höchst interessanten Vortrag über die Leuchtgasflamme mit vielen Experimenten. Der Fragekasten enthielt zwei Eingaben. Die Frage über die Pflege der Zimmergewächse wurde von Herrn Dr. Schwann in ausführlicher Weise beantwortet. — Auf Kosten des Vereins wurde unter die Anwesenden das inhaltsreiche Schriftchen von Dr. Kurd Schwab: „Natur und Mensch“ — verteilt. Den nächsten Sonntags-Vortrag im Musiksaal der Universität hält Herr Professor Dr. Palm.

u. [Rechte-Obder-Ufer-Bezirks-Verein.] In der heut Abend stattfindenden Sitzung genannten Vereins findet die Vorstandswahl für das Jahr 1879 statt, außerdem die Berichterstattung über Kassen-Angelegenheiten u., sowie eine Besprechung über das Stiftungsfest.

u. [Heuer-Gesellschaft.] In einem Keller Kaiser Wilhelmstraße 38 waren heute Nacht die an zwei unedigen Schornstein-Reinigungsthüren aufge-

lagerten Steinkohlen durch den auf der Schornsteinschale angesammelten glühenden Ruß in Brand gerathen; die herbeigeholte Feuerwehre beseitigte indessen bald die Gefahr.

[Auch ein Grund, weshalb man sich das Leben nimmt!] In Ransen bei Steinau machte, wie der „Niedersch. Anz.“ erzählt, am Neujahrstage ein Einwohner seinem Leben durch Erhängen ein Ende, weil er sich darüber gedreht, daß ihm seine Frau keine Wohnflöße gegeben hatte.

§ Striegau, 8. Jan. [Meteorologisches.] Eine Zusammenstellung der monatlichen Temperaturmittel vom meteorologischen Jahre 1878, umfassend die Zeit vom 1. December 1877 bis 1. December 1878, ergibt für den hiesigen Ort folgendes Resultat: December 1877 = -0,15 R., Januar 1878 = -0,49, Februar = +1,70, mitbin Temperaturmittel des Winters = +0,35, März = +1,84, April = 7,35, Mai = 10,65, demnach Temperaturmittel des Frühlings = 6,62, Juni = 13,23, Juli = 13,32, August = 14,33, mitbin Mittel des Sommers = 13,62, September = 13,15, October = 8,08, November = 3,15, Mittel des Herbstes = 8,13. Das Temperaturmittel des ganzen Jahres beträgt demnach = 7,18.

** Militsch, 7. Januar. [Generalversammlung des Bürgervereins.] In der am 6. d. M. abgehaltenen Generalversammlung des hiesigen Bürgervereins erstattete der Vorsitzende, Herr Kaufmann Delsner, zunächst Bericht über die Thätigkeit des Vereins. Derselbe constatirte das schnelle Wachsen des Vereins. Durch Acclamation erfolgte die Wiederwahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters, Herrn Postmeister Kemmerich. Als Schriftführer, Stellvertreter dessen und Mandanten wurden gewählt die Herren Procurist Groß, Kausleirath Schmidt und Kaufmann Ruff. Auf dem für den Abend angekündigten Vortrag des Herrn Controleur Kohles über „Die Kunst im Handwerk“ basirten folgende zwei Anträge: 1) eine Commission von 12 Mitgliedern zu wählen, welche darüber zu berichten habe, ob, wann und in welcher Weise es möglich sei, eine kleine Gewerbe-Ausstellung in Militsch zu veranstalten; 2) eine Commission von 9 Mitgliedern zu ernennen, welche nach 4 Wochen berichten solle, ob und wie eine Fortbildungsschule für Lehrlinge zu begründen sei? — Die Debatte hierüber war eine sehr lebhaft. — Dem von maßgebender Seite zu entwerfenden Statut soll ein durch den Vorstand von da, wo solche Schulen bestehen, zu beziehendes als Grundlage dienen. Der Ausführung des ersten Antrages soll die Vollendung des Vortrags im nächsten Monat vorgegeben und seine Verabreichung resp. Ausführung einer späteren Zeit vorbehalten werden. — Am Sonntag erlangte sich der hiesige Lazarethwärter Langner.

+++ Bernstadt, 7. Januar. [Vom Standesamt. — Fortbildungsberein. — Typus. — Unglücksfall.] Im verfloffenen Jahre gelangten beim hiesigen Standesamt zur Eintragung 136 Geburten, 111 Todesfälle und 30 Eheschließungen. — Die gestern Abend abgetragene Sitzung des Fortbildungsbereins war ziemlich zahlreich besucht. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Rector Wendler, ertheilte nach Eröffnung der Sitzung Herrn Dr. Steuer hieselbst das Wort zu seinem Vortrage über „Herz und Blutlauf.“ Er ertheilte nicht bloß seitens der Zuhörer rauschenden Beifall, sondern der Vorsitzende sprach ihm auch im Namen des Vereins seinen Dank aus für den sehr klaren und belehrenden Vortrag. Nächsten Sonntagabend findet abends eine Vereinsversammlung statt und wird dabei Herr Director Leutner einen Vortrag halten. Im Februar aber steht ein Vortrag des berühmten Reisenden von Schlagintweit in Aussicht. — Ein gefährlicher Gast scheint bei uns eingelebt zu sein, das ist der Typus. Man hört bereits von einer Anzahl von typischen Entzündungen. — Vorgesetzt brach die Seemanns Kasse auf einem Geschäftswege nach Neuborf in Folge eines Falles das eine Bein im Unterfessel.

○ Langendorf (Regierungsbez. Opreln), 7. Jan. [Schulverhältnisse. — Abgesagt.] Trotzdem die allgemeinen schulpflichtigen Bestimmungen als Maximalzahl für eine Lehrkraft 80 Schüler hinstellen, so mußten bis vor ½ Jahre der hiesige erste katholische Lehrer eine kurze Zeit über 400 Kinder unterrichten und jetzt sind für diese große Schülervzahl auch nicht mehr als 2 Lehrer vorhanden. In Folge dessen halten die hiesigen jüdischen Hausväter für ihre Kinder eigene Lehrer. Da indessen der letzte jüdische Lehrer nicht geprüft war, so wurde ihm die Ertheilung des Unterrichts verboten und die betreffenden Schuldärter beriefen einen geprüften Lehrer, für den sie jetzt bei der königlichen Regierung zu Opreln die Concession nachsuchen wollen, die ihnen wohl auch bei den überfüllten Klassen der öffentlichen Schule und bei der Verantwortung durch die lokalen Organe nicht vorzuziehen werden wird. — Gestern kamen zu dem Gastwirths Kallmann in der benachbarten Wahnstation am Morgen ein feingeliebter Mann und Frau, welche um recht feines Quartier und Speise baten. Da das Benehmen der neuen Ankömmlinge den Gastwirth verdächtig schien, so schickte er nach dem Gernam, welcher bei angestellter Recherche bei dem Manne einen glänzenden Revolver und regelrechtes Diebeshandwerkzeug, als Dietzche o. d. fand, so daß durch die erfolgte Verhaftung die Pläne der sauberen Gesellschaft vereitelt wurden.

Handel, Industrie &c.

H. Breslau, 8. Jan. [Handelskammer.] In der heute Nachmittags 4 Uhr unter dem Vorsitz des Herrn Commercienrath J. Friedenthal abgehaltenen 1. Plenarversammlung erfolgte zunächst die Einführung der wiederwähl. neugewählten Mitglieder. Es sind wiedergewählt worden die Herren L. Schöller, J. Freund, Commercienrath Heiman, Geh. Commercienrath B. Ruffer, Commercienrath Werther und Director Dr. Glauer; neugewählt wurden die Herren S. Straß und R. Eppenstein. — Der Vorsitzende sprach den Wiedergewählten unter herzlichster Begrüßung seine Freude darüber aus, daß ihre geschätzte Kraft der Handelskammer erhalten worden ist und verspricht, so dem Herrn Straß durch Handschlag. Herr Eppenstein war verhindert der Sitzung beizuwohnen. Nachdem so dann die Vertheilung der Mitglieder in die Commissionen erfolgt war, erfolgte die

Neuwahl des Vorstandes. Die Herren Commercienrath J. Friedenthal und Commercienrath Consul Molinari werden als 1. resp. 2. Präsident wiedergewählt.

Herr S. Sadur hat mit Rücksicht auf seine noch fortwährende Abwesenheit von Breslau seinen Austritt aus der Handelskammer angezeigt. — Die Kammer nimmt hierüber Kenntniß. Eine Neuwahl soll erst bei der nächsten ordentlichen Wahl stattfinden.

Die auf der Tagesordnung stehende Wahl der Vörsen-Commission wird für die geheime Sitzung vertagt. — Demnach folgt der Vortrag des Geschäftsberichts der Handelskammer pro 1878 durch den Syndikus der Kammer, Dr. Eras. Die Handelskammer hielt im abgelaufenen Geschäftsjahre 9 öffentliche und 8 geheime Plenarversammlungen ab. In denselben wurden 106 Vorlagen erledigt. Commissionenbestimmungen fanden 46 statt. Am häufigsten — 17 Mal — wurde die Vörsen-Commission in Anspruch genommen; demnach die Voll-Commission 12 Mal. Das Eingangsbuch registriert mit 1291 Nummern ab.

Auf Requisition der Gerichte gab die Handelskammer über streitige Handelsgebräuche 42 Gutachten ab und ertheilte auf 54 Anfragen schriftlich Auskunft über Cours- und Preisnotirungen.

Von den an hiesiger Börse fungirenden Handelsmaklern starben im Laufe des Jahres die Herren J. A. Feldmann, G. Steinfeld, M. Urbach und Ad. Cohn. Dagegen wurden von der Handelskammer zu Handelsmaklern ernannt die Herren Gustav Heilborn für Fonds &c. &c., Siegfried Simmel als Stellvertreter für G. Steinfeld, J. Feldmann für Fonds &c. &c., H. Urbach für Produkte und Waaren, J. G. Golewski für Spiritus.

Die Bibliothek der H.-K. wurde im vorigen Jahre um 316 Zugänge vermehrt.

Die Vörsen-Commission hielt 13 Plenarversammlungen und 4 Sitzungen der Productenabtheilung ab. Zur Erlebigung gelangten 100 Vorlagen.

Das Kündigungsregister schließt mit 460 Nummern ab. Zur Präsentation resp. Abstempelung gelangten — Str. Weizen (gegen 5000 Str. pro 1877), 129,000 Str. Roggen (175,000 im Vorj.), 35,000 Str. Hafer (64,000 im Vorj.), 2000 Str. Hübs (10,000 im Vorj.), 1,200,000 Str. Spiritus (2,185,500 im Vorj.).

Zum Ausgange an der Börse kamen 508 Bekanntmachungen.

Der Vörsenbesuch war folgender: Einheimische Mitglieder 644 (eben so viel im Vorj.), fremde mit Jahreskarten 32 (gegen 39 im Vorj.), durchpassirende Fremde 1258 (1249), Handelsmakler 39 (36), Schiffsmakler 6 (5), Handlungsgehilfen 121 (127).

Vörsenbesuchen wurden bestellt 31,493 gebührenpflichtige (gegen 33,293 im Vorj.), 3009 gebührenfreie (gegen 2919 im Vorj.), überhaupt 34,502 Stück gegen 36,212 im Jahre 1877.

Bei dem Vörsenbörsegericht gingen 43 Klagen ein. Wegen mangelselnden Compromisses und aus anderen Gründen wurden 11 zurückgewiesen. Es wurden also 32 verhandelt. Hieron wurden erledigt 8 durch Zurücknahme der Klage, durch Vergleich 10, durch Contumacial-Erkenntnis 1, durch contrabitorisches Erkenntnis 11, unerledigt blieben 2, Beweisauf-

nahme fand statt bei 1. Das ordentliche Gericht wurde in Anspruch genommen zur Zeugenvernehmung bei 3, zur Abnahme von Parteieiden bei 2, zur Executionsvollstreckung bei 2 Klagen.

Seitens der Direction der Niederösterreichischen Eisenbahn ist das Protokoll über die am 4. December v. J. abgehaltene Eisenbahn-Conferenz, der als Delegirte der diesseitigen Kammer die Herren Dr. Eras und Kaufmann Grünwald beigewohnt haben, übersandt worden. Im Anschluß an dieses Protokoll macht Kaufmann Grünwald Mittheilung über die Verhandlungen der Konferenz. Nach einer kurzen Discussion über einige Punkte des Protokolls wird der Gegenstand verlassen.

Laut Plenarbeschluss vom 18. December v. J. wurde ein Antrag von G. L. Jöppfer's Söhne zu Militsch an der Oder, betreffend die Anlegung eines Leinpfades längs der Oder, der Vörsen-Commission zur Vorberathung überwiesen. Letztere hat in ihrer Sitzung vom 6. Januar c. eine Information darüber gewünscht, ob die Anlegung eines regulären Leinpfades an der Oder technisch ausführbar und nicht mit unerwünschten finanziellen Opfern verknüpft sei. Die Commission beschloß, sich deshalb an den Strombau-Director Vader um Auskunft zu wenden, und zwar soll zunächst eine mündliche Information durch Herrn Dr. Eras eingeholt werden. Gleichzeitig beantragt die Commission bei der Handelskammer, ein Schreiben an den Provinzial-Ausschuß zu richten und anzufordern, wie es mit der Ausführung der Lauerer auf der Oder steht?

Nachdem Stadtrath Bülow Namens der Commission referirt hat, berichtet Dr. Eras, daß er am gestrigen Tage Gelegenheit gehabt habe, mit Herrn Strombau-Director Vader eine eingehende Rücksprache über den Gegenstand zu nehmen. Derselbe habe erklärt, daß die Einrichtung des Lauererbetriebes erst dann erfolgen könne, wenn die Oerregulirung vollständig durchgeführt sei. Sobald diese Regulirung vollendet sei, werden sich alsbald Unternehmer finden, welche den Lauererbetrieb einrichten, wenn nicht Staat oder Provinz selbst sich dazu entschließen, denn die Rentabilität einer derartigen Einrichtung ließe sich vollständig feststellen. Wenn die Herrichtung eines Leinpfades an der Oder zwar möglich sei, aber die Unterhaltung desselben außerordentlich kostspielig sein würde, erscheine es unzweckmäßig, Mittel für eine solche Unternehmung zu beantragen, bevor nicht größere Mittel für die Regulirung der Oder selbst bewilligt werden können.

Herr Bülow glaubt, daß gerade mit Rücksicht auf diese Erklärungen die Annahme des Commissionsantrages sich rechtfertigt.

Herr Molinari wünscht, daß zunächst die Herrichtung eines Leinpfades für die Strecken angestrebt werde, die gegenwärtig noch nicht regulirt sind.

Herr Haber glaubt entgegen dem Vorredner, daß der Leinpfad für die nicht regulirten Strecken die größere Bedeutung habe.

Herr Rosenbaum schließt sich den Ausführungen des Herrn Bülow an. Nachdem noch die Herren Bülow, Schöller und v. Ruffer zur Sache gesprochen, bemerkt Dr. Eras, daß er vertraulich in Erfahrung gebracht, daß bis noch vor ganz kurzer Zeit unter den Vorlagen, welche dem Landtage vorgelegt werden sollen, sich eine Anleihe für die Regulirung der Oder befunden habe, aus finanziellen Rücksichten aber wieder zurückgezogen worden sei. Wenn also dieses Anleiheproject durch das Abgeordnetenhaus selbst wieder in Anregung gebracht werde, so sei ein Erfolg nicht unmöglich.

Die Kammer tritt hierauf dem Antrage des Referenten bei.

Gutachten. Bezüglich einer Bagatell-Proceßsache theilt das hiesige Stadtgericht der Handelskammer mit, daß der Verlagte bei der klägerischen Handlung eine Bestellung durch die Correspondenzkarte mit dem Bemerkten gemacht hatte, daß die Klägerin über die Beträge nach ihrer Bequemlichkeit verfügen könne. Das Stadtgericht ersucht nun die Handelskammer um Auskunft darüber, ob falls bei einer Bestellung, wie bei der in Rede stehenden, durch die Correspondenzkarte, insbesondere bei Gestattung der Zahlung nach Bequemlichkeit der Absender zur Nachnahme des Kaufpreises berechtigt ist.

Ueber die Vorlage referirt Kaufmann Rosenbaum. Die Vörsen-Commission habe die Acten erbeten und empfehle, die Kammer wolle erklären, daß nach Lage der Acten und bei der Form derselben der absendenden Firma im vorliegenden Falle Recht zu geben sei. Die Kammer beschließt nach kurzer Discussion in diesem Sinne.

Demnach tritt die Kammer in geheime Sitzung ein.

Berlin, 8. Jan. [Börse.] Die Haltung der heutigen Börse war eine eigenthümliche, der Geschäftsverkehr im Allgemeinen blieb ein lust- und tendenzloser, trotzdem aber entwickelte sich in einzelnen Papieren ein sehr reger Umsatz. Das Geschäft trug einen außerordentlichen Charakter und stellte sich dar als ein Kampf sich widerstrebender Principien. Der Dualismus in der österr.-ungarischen Regierungsform, der für die Gesamtmacht, wie für die einzelnen Theile derselben, schon von so verderblichen Folgen war, ist jetzt auch auf das allgemeine finanzielle Gebiet der europäischen Börsen verpflanzt und übt auch hier seine verderblichen Wirkungen. Die beiden Confortien, welche im Augenblick den Geldbedarf der österr.-u. ungarischen Regierung decken sollen, befehlen sich gegenseitig, indem sie das eigene Papier zu heben, das des anderen Confortiums zu decken suchen. Aus diesem Grunde haben die Goldrenten Oesterreichs und Ungarns einen sehr belebten Verkehr zu verzeichnen. Von den eigentlichen Speculationspapieren ist dies nicht zu sagen. Oester. Creditactien, das Hauptpapier auf diesem Gebiete, blieb zwar nicht ganz unbelebt, die Tendenz war schwach, doch blieb die Coursebewegung nur eine unbedeutende. Creditactien wurden von der officiellen Börse zu 402,50, Franzosen zu 433 ½ gehandelt. Franzosen u. Lombarden behaupteten sich bei sehr geringem Geschäft in fester Stimmung. Auch die Oester. Nebenb. theiligten sich nur wenig am Verkehr. Kaschau-Dorberger beliebt. Die lokalen Speculationspapiere waren wenig fest. Es notirten: Disc.-Comm. per ult. 131-1 ½, Laurab. per ult. 65-3 ½-4. Auf dem Markte für ausländische Fonds und Renten übernahmen Russische Anleihen die Führung. Das Geschäft in denselben erfreute sich heute einer großen Regsamkeit, von welcher in erster Linie Orientanleihe profitirte. Unter ihnen wurde die erste zu 57,90-58,10-58, die zweite zu 57-57,40 (Casse 57,40) in großen Summen umgesetzt, während Russische Anleihe I. zu 82,40-82,75, do. II. zu 83,90-84,25-84,10 die Hände wechselten. Die günstige Disposition für die ersten Werthe basirte auf der Steigerung der Russischen Noten, welche per ult. zu 199-200 Prämie 201/2, per Febr. zu 199,75, 200,75, Prämie 203,50/3,50, ebenfalls in größeren Beträgen lebhaft gehandelt wurden. Auch Oesterreich-Ungarische Renten ebenso Italiener wurden reger umgesetzt. Deutsche Fonds, desgleichen inländische Prioritäten documentirten feste Tendenz. Zu recht lebhaften Umsätzen brachten es Reichsanleihe und die Mehrzahl der couranten Prioritäten. Oesterreich-ungarische, sowie russische Prioritäten recht beliebt und theilweise erheblich höher. Gottard-Prioritäten erlitten wieder eine mehrprocentige Steigerung. Die Tendenz für Eisenbahnactien können wir als fest bezeichnen. Es notirten per ult. Berg.-Märkisch 75,75, Köln-Minden 101,10-25-10, Rheinische 105,90. Unter den Cassawerthen zogen an Halberstädter, Stettiner, Anhalter, Potsdamer, während die leichten Sachen nur wenig Veränderungen aufzuweisen haben. Von Stamm-Prioritäten erbobten ihre Course Saalbahn und Märkisch-Posener. Billiger wurden abgegeben Dispreussische Südbahn. Rumänier eröffneten etwa auf gestrigem Courseniveau schwach, befestigten sich aber später, ohne dabei eine größere Avance zu erzielen. Neue 5procentige Mainzer notirten 102,10. Der Banlienmarkt zeigte in Bezug auf Umfang des Verkehrs und Haltung kaum eine Veränderung gegenüber den Vortagen. Guter Beachtung erfreuten sich Dresdener, Hübner, Lübecker Commerz. Dessauer Landesbank, Norddeutsche Grundcredit. Unter Courdband fanden Weininger, Schaaffhausen. In Bergwerksactien fanden nur geringe Umsätze statt. Es gewannen Bonifacius, Hibernia, Marienb. hütte, Kosenau, König Wilhelm. Billiger waren am Markte Bergisch-Märkische. Von den übrigen Industrieactien erbolten sich Ahrens, Böhmische Brauhaus, Greppiner Werke, wegen Tivoli und Bochumer Gußstahl Werthermäßigungen erlitten.

Um 2 ½ Uhr: Fest. Credit 405.—, Lombarden 118,50, Franzosen 434.—, Reichsbank 152,10, Disconto-Commandit 131.—, Laurab. 64,40, Türken 11,60, Italiener 75,25, Oester. Goldrente 64.—, Ungarische Goldrente 73,40, Oester. Silberrente 54,90, do. Papierrente 53,75, 5 % Russen 84,10, Köln-Mindener 101,25, Rheinische 105,90, Galizier —, Bergische 75,75, Rumänen 52,70, 1860er Loose —, Russ. Noten 199,75.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 8. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20,482, Pariser Wechsel 81,00, Wiener Wechsel 173,50, Böhmische Westbahn 142 ½, Elbabahn 139, Galizier 200 ½, Franzosen 217 ½, Lombarden 58 ½, Nordwestbahn 97, Silberrente 54 ½, Papierrente 53 ½, Oester. Goldrente 64 ½, Ungar. Goldrente 73 ½, Italiener 75 ½, Russ. Bodencredit 74 ½, Russen 1872 83 ½, Neue russische Anleihe 84 ½, Amerikaner 1885 —, 1860er Loose 112 ½, 1864er Loose 259 —, Creditactien 201 ½, Oest. Nationalbank 678 —, Darmstädter Bank 114 ½, Meininger Bank 74 ½, Hess. Ludwigsbahn 67 ½, Ungarische Staatsloose 153,00, do. Schaaffhausen, alte —, do. Schaaffhausen, neue 101 ½, do. Oitabahn-Obligationen II. 64 ½, Central-Pacific —, Reichsbank 152 ½, Reichs-Anleihe

95 ½, Orientanleihe 57 ½, Discont. — pCt. Fest, Renten und Russen lebhaft.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 201 ½, Franzosen 217 ½, Lombarden —, Oester. Goldrente —, Ungar. Goldrente —, Galizier —, 1877er Russen —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 8. Januar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-R. A. 116, Silberrente 54 ½, Oest. Goldrente 64 ½, Ung. Goldrente 73 ½, Creditactien 202, 1860er Loose 112 ½, Franzosen 543, Lombarden 146 ½, Ital. Rente 75 ½, Neue Russen 84 ½, Vereinsbank 119, Laurab. 64 ½, Commerzbank 100 ½, Norddeutsche 135 ½, Anglo-deutsche 34 ½, Int. Bank 84, Amerit. de 1885 98 ½, Köln-Minden. St.-R. 101 ½, Rhein. Eisenbahn do. 105 ½, Bergisch-Märkische do. 76, Disconto 3 pCt. — Schluß fest.

Hamburg, 8. Jan., Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Termine ruhig. Roggen loco und auf Termine ruhig. — Weizen per April-Mai 181 Br., 180 Gd., per Mai-Juni 183 Br., 182 Gd. Roggen per April-Mai 118 Br., 117 Gd., per Mai-Juni 119 Br., 118 Gd. Hafer loco. Gerste still. Hübs still, loco 58, per Mai 58. Spiritus matt, per Januar 43 Br., per Febr.-März 43 ½ Br., per April-Mai 43 ½ Br., per Mai-Juni 43 ½ Br. Rasse fest, Umsatz 4000 Sad. Petroleum fest, Standard white loco 8, 70 Br., 8, 60 Gd., per Januar 8, 50 Gd., per Februar-März 9, 00 Gd. Wetter: Frost.

Liverpool, 8. Januar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Umsatz 7000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Ruhig. Middl. Upland 5 ½, Middl. Orleans 5 ½, Middl. amerikanische Januar-Februar-Lieferung 5 ½, Februar-März-Lieferung 5 ½.

Petersburg, 8. Januar, Nachm. 5 Uhr. [Schlußcourse.] Wechsel London 3 Mon. 23 ½, do. Hamburg 3 Mon. 201 ½, do. Amsterdam 3 M. 119 ½, do. Paris 3 M. 249, Russische Prämien-Anleihe de 1864 (gest.) 237 ½, do. de 1866 (gest.) 233 ½, Russ. Anl. de 1873 130 ½, ½-Imperial 8, 40. Große Russische Eisenbahnen 248 ½, Russ. Bodencredit-Bandbriefe 121 ½. Privatdiscont 4 ½ %.

Petersburg, 8. Januar, Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 60, 00. Weizen loco 13, 50. Roggen loco 7, 75. Hafer loco 5, 00. Samt loco —, Feinsaat (9 Pud) loco 14, 50. — Wetter: 10 Gr. Kälte. Pest, 8. Jan., Vormittags 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco unverändert, Termine ruhiger, per Frühjahr 8, 50 Gd., 8, 52 Br. Hafer per Frühjahr 5, 75 Gd., 5, 80 Br. Mais (Wanat) per Frühjahr 4, 92 Gd., 4, 95 Br. — Wetter: Trübe.

Paris, 8. Januar, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Januar 27, 00, pr. Februar 27, 00, per März-April 27, 25, März-Juni 27, 50. Mehl ruhig, per Januar 60, 00, per Februar 60, 00, per März-April 60, 25, per März-Juni 61, 75. Hübs fest, per Januar 82, 50, per Februar 83, 00, per März-April 83, 50, per Mai-August 83, 75. Spiritus ruhig, per Januar 60, 75, per Mai-August 60, 00. — Wetter: Schön.

Paris, 8. Januar, Nachm. Rohwunder fest, Nr. 10/13 pr. Januar pr. 100 Kilgr. 51, 60, Nr. 5 7/8 pr. Januar pr. 100 Kilgr. 57, 00. Weizen Ader fest, Nr. 3 pr. 100 Kilgr. der Jan. 60, 75, per Februar 61, 00, per Mai-August 62, 75.

Antwerpen, 8. Januar, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 22 ½ bez. u. Br., per Februar 22 ½ bez., 23 Br., per März 23 bez. und Br., per September-December 26 ½ Br. — Steigend.

Bremen, 8. Januar, Nachmitt. Petroleum steigend. (Schlußbericht.) Standard white loco 9, 05, per Februar 9, 15, per März 9, 20, per April 9, 25.

Berlin, 8. Januar. [Producten-Bericht.] Das Wetter ist etwas neblig bei ziemlich strengem Frost. Der Terminhandel in Roggen war wenig belebt, aber für nahe Lieferung hat man doch eine Kleinigkeit höhere Preise bewilligen müssen. Entfernte Sichten haben sich nur eben behaupten können. Waare ist schwach offerirt und ließ sich ohne Schwierigkeit verkaufen. — Roggenmehl etwas fester. — Weizen unverändert und in recht beschränktem Verkehr. — Hafer loco wenig verändert, abfallende Sorten sehr schwer veräußlich. Termine leblos. — Hübs ist bei mäßiger Kaufkraft für spätere Sichten besser bezahlt. Nahe Lieferung unbeachtet. — Petroleum fester. Verstilllieferung ist begabt. — Spiritus matt im Beginn der Börse, erlangte später festere Haltung, doch ist der Umsatz nicht sonderlich reger gewesen.

Weizen loco 150-190 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, feiner weißer märkischer — M., feiner gelber russischer — M., weißer poln. — M. ab Bahn bez., per Januar 173 M. bez., per April-Mai 179 M. bez., per Mai-Juni 181 M. bez., per Juni-Juli 184 M. bez., Gefändigt — Centner. Kündigungspreis — M. — Roggen loco 115 bis 130 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer — M., inländischer 123 bis 125 Mark, hochfeiner inländ. 126 bis 127 ½ M. ab Bahn bez., per Januar 120-120 ½ M. bez., per Januar-Februar 120-120 ½ M. bez., per Februar-März — M. bez., per April-Mai 121 M. bez., per Mai-Juni 121 M. bez., per Juni-Juli 122 ½ M. bez., Gefändigt — Centner. Kündigungspreis — M. — Gerste loco 110-185 M. nach Qualität gefordert. — Mais loco 116-121 M. nach Qualität gefordert, feiner neuer rumänischer und ungarischer — M. ab Bahn bez., Hafer loco 95-135 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreussischer 100-115 Mark bez., russischer 98-112 M. bez., pommerischer 110 bis 116 M. bez., schlesischer 110 bis 120 M. bez., böhmischer 110-120 M., feiner weißer pommerischer und medlenburgischer 118-123 M. ab Bahn bez., feiner weißer russischer — M. bez., per Januar — M. bez., per Januar-Februar — M. bez., per April-Mai 114 ½ M. bez., per Mai-Juni 117 M. bez., Gefändigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Erbsen, Rothwaare 132-137 M., Futterwaare 113-127 M. — Weizenmehl pro 100 Kilo Br. unterfeuert incl. Sad Nr. 0: 24,50-23,50 M., Nr. 0 und 1: 23,50-22,50 M. bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unterfeuert incl. Sad Nr. 0: 19,00-17,50 M. bez., Nr. 0 und 1: 17,25-16,25 M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1 incl. Sad per Januar 17,05-17,10 M. bez., per Januar-Februar — M. bez., per Februar-März 17,15 bis 17,20 M. bez., per März-April — M. bez., per April-Mai 17,30 M. bez., per Mai-Juni 17,40 M. bez., Gefändigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Delfaaten: Winterraps loco 228-245 M. bez., Winterrüben loco 220 bis 235 M. bez. — Hübs pra 100 Kilo loco mit Faß — M., ohne Faß 55,8-55,9 M. bez., per Januar 55,6-55,9 M. bez., per Januar-Februar 55,6-55,9 M. bez., per Februar-März — M. bez., per April-Mai 56,7-57 M. bez., per Mai-Juni 56,9-57,2 M. bez., Gef. 1000 Str. Kündigungspreis 55,7 M. — Leinöl loco 56 M. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 21,2 M. bez., per Januar 21 M. bez., per Januar-Februar 21 M. bez., per Februar-März 21,4 M. bez., per März-April 21,4 M. bez., per April-Mai — Mark bez., per September-October 24 M. bez., Gefändigt — Centner. Kündigungspreis — Mark.

Spiritus loco ohne Faß 52 M. bez., in einem Falle 52,3 M. bez., per Januar 52,1-52,4 M. bez., Januar-Februar 52,1-52,4 M. bez., per April-Mai 53,3-53,6 M. bez., per Mai-Juni 53,5-53,8 M. bez., per Juni-Juli 54,3-54,6 Mark bez., per Juli-August — M. bez., per August-September — Mark bez., Gefändigt — Liter. Kündigungspreis — Mark.

T. [Die Landwirtschaft und ihr Betrieb von G. Settegast. In drei Bänden. Zweiter Band: Die Organisation der Wirtschaft. Breslau: Verlag von Wilhelm Gottlieb Korn.] Der zweite Band dieses umfassenden Werkes liegt uns jetzt vor und gereicht es uns zu besonderer Genugthuung, auch diesen einer Besprechung unterziehen zu können. Wie wir bereits bei der Beurtheilung des ersten Bandes andeuteten, hat es sich der Verfasser zur Aufgabe gestellt, jeden einzelnen Band als ein geschlossenes Ganzes zu behandeln, um dadurch das Abhängige der verschiedenen Theile von einander zu ermöglichen. Der zweite Band unter dem Namen: „Die Organisation der Wirtschaft“ zerfällt in drei Abschnitte: 1) in die Wirtschaftssysteme und Fruchtfolgen; 2) die Verbindung des Ackerbaues und der Viehzucht im Betriebe der Landwirtschaft und 3) die Verbindung der Landwirtschaft mit industrieller Thätigkeit und technischen Gewerben. In gewohnter und bereits bekannter Weise hat auch hier der Verfasser seine reichen Erfahrungen, verbunden mit unerschöpflichem Wissen bereinigt und dadurch ein Werk geschaffen, das bei seiner innigen Harmonie jeden Leser von Fach, der die nöthigen Vorstudien genos, für sich einnehmen muß. Bei der Beilegung des zweiten Bandes ist es schwierig irgend einen Abschnitt als besonders hervorragend herauszugreifen, um ihn allein zu zergliedern, da einer dem anderen als Grundlage dient und der Zusammenhang des Ganzen ein zu natürlicher ist. Vorräthig durchgeführt sind die sogenannten Kritiken des Verfassers, s. B. Seite 132: Kritik der Wirtschaftssysteme mit Bezug auf ihre Ansprüche an Arbeit und Capital; ferner Seite 145: Kritik der Wirtschaftssysteme mit Bezug auf die in ihnen ruhende Gewähr für die Dauer der Ertragsfähigkeit des Bodens. A. Die Theorie der

